

Stellungnahme Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft der Schweiz

Solidarität mit dem Staat Israel und der Zivilbevölkerung in Israel und Gaza – mehr Sicherheit für jüdische Menschen in der Schweiz

Wir sind schockiert über die Massaker an Menschen in Israel durch die Hamas am 07. Oktober 2023, dem jüdischen Feiertag Simchat Tora (Freude der Tora).

Wir sind entsetzt über die brutale Ermordung von 1400 Männern, Frauen und Kindern, darunter Babys und Holocaust-Überlebende. Wir bangen um das Überleben der zahlreichen Verletzten, und wir fürchten uns um die Sicherheit der 200 gefangenen Geiseln. Die Hamas wollte vor allem jüdische Israelis ermorden, doch sie ging wahllos vor. Unter den Toten sind auch Muslime und Christen sowie Menschen verschiedener Nationalitäten zu betrauern. Die Vergewaltigungen, die Schändungen von Toten sowie der Jubel und der Blutrausch, den die Hamas in Videos zur Schau stellt, zeugen von einem tiefsitzenden Hass gegenüber dem Leben und einer Verachtung jeglicher Menschenwürde.

Wir bringen dieses Verhalten mit keiner Religion in Verbindung, auch wenn die Mörder «Allah Akbar» rufen. Denn die Hamas hindert auch die palästinensische Zivilbevölkerung in Gaza daran, ihre Häuser rechtzeitig vor dem (angekündigten) Beschuss durch Israel zu verlassen. Die Hamas strebt eine hohe Zahl ziviler Opfer an, um Israel danach erfolgreich international anzuschwärzen.

Die Hamas droht nicht nur Israel, sondern den Jüdinnen und Juden weltweit. Wir sorgen uns um deren Sicherheit hier in der Schweiz. Wir erwarten von den Behörden erhöhte Schutzmassnahmen und wenden uns mit aller Kraft gegen Hass, gegen Antisemitismus und gegen Antiisraelismus.

Das barbarische Vorgehen der Hamas hat mit der Forderung nach einer Zweistaaten-Lösung nichts zu tun. Es richtet sich gegen die Grundwerte demokratischer Staaten und bedroht letztlich den Weltfrieden. Die CJA fordert deshalb Bundesrat und Kirchen in der Schweiz auf, ihre Politik der Hilfsgelder ernsthaft zu prüfen. Die Verteilung von Geldern und die Unterstützung von Programmen ist an Bedingungen zu knüpfen. Es darf nicht sein, dass Steuergelder aus der Schweiz dazu dienen, Gewalt zu fördern. Die Betonung des Existenzrechts Israels durch Schweizer Politiker:innen aller Richtungen war ein ermutigendes Zeichen. Jetzt braucht es Taten, damit der dringend notwendige konstruktive Dialog in Gang kommen kann.